

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Juli 1957

177/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. K r a n z l m a y r , Dr. H e t z e n a u e r ,
Dr. Leopold W e i s m a n n , Dr. H o f e n e d e r und Genossen
an den Bundesminister für Justiz,
betreffend die strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen für die seiner-
zeitigen Vorfälle bei der Firma Gräf & Stift in Wien.

-.-.-.-

Im Oktober 1955 hat eine Terroraktion von Gewerkschaftsmitgliedern gegen
drei Angehörige der Belegschaft der Firma Gräf & Stift in der Öffentlichkeit be-
trächtliches Aufsehen erregt.

Da durch diese Handlungsweise ein Tatbestand nach dem Antiterrorgesetz be-
gangen wurde, ist das strafgerichtliche Verfahren gegen die Verantwortlichen die-
ser Aktion eingeleitet worden, ohne dass es jedoch zu einer gerichtlichen Ent-
scheidung gekommen wäre.

Auf verschiedene Anfragen hat der Herr Justizminister unter dem 15.11.1956
mitgeteilt, dass die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben habe. Da der Akt jedoch
nicht weitergeleitet wurde, konnte sich das zuständige Gericht mit der Anklage
nicht befassen.

Die heutigen Tageszeitungen berichten von einem Antrage des Herrn Vizekanz-
lers Dr. Pittermann, den dieser während der Moskauer Reise des Herrn Justizmini-
sters an den Herrn Bundespräsidenten gestellt habe und der die Niederschlagung
des Verfahrens gegen die Beschuldigten zum Inhalt hätte.

Die gefertigten Abgeordneten sind der Meinung, dass die befürwortende Vorlage
dieses Abolitionsantrages im Hinblick auf seine eminent politische Bedeutung eine
schwere Belastung für den Herrn Bundespräsidenten darstellt.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für
Justiz die

A n f r a g e :

1.) Ist der Herr Justizminister bereit, dem Hohen Hause mitzuteilen, ob die
befürwortende Vorlage dieses Abolitionsantrages mit seinem Wissen und Einverneh-
men erfolgte, da es immerhin auffallend ist, dass ein so bedeutungsvoller Antrag
von dem mit der Vertretung beauftragten Regierungsmitglied gestellt wurde?;

2.) welche gewichtigen Gründe für diesen Niederschlagungsantrag vorlagen,
da doch der Herr Minister im Hohen Hause und in der Öffentlichkeit im Interesse
des Ansehens der Justiz wiederholt vor einem solchen Schritt gewarnt wurde?

-.-.-.-